

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 19. Juli 2012

Anwesend: Vorsitzender und von 28 Stadträtinnen und Stadträten 26

Sitzungsleitung: OB Thomas Herzog

Anwesend: Banholzer
Bauknecht
Brantner
Flaig
Hettich
Hilser
Jauch
Pfundstein
Schneider
Dr. Winter
Fahrner
Erdmann
Dr. Günter
Günter
Himmelheber
Klaussner
Much
Aberle
Bantle
Dr. Heinrich
Maier-Juranek
Neudeck
Rapp
Richter
Liebermann
Fleig

Mit beratender Stimme: OVin Claudia Schmid
OV Klaus Köser

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 19. Juli 2012

Anwesend: Vorsitzender und von 28 Stadträtinnen und Stadträten 26

Tagesordnung

1. Bericht über den Haushaltsverlauf 2012 – Erster Zwischenbericht
- Vorlage Nr. 94/2012

2. Änderung der Satzung über die Realsteuerhebesätze
- Vorlage Nr. 95/2012

3. Einrichtung eines Beirates zur Weiterentwicklung der städtischen
Wohnungsbauförderung
- Antrag der SPD-Buntspecht-Fraktionsgemeinschaft
- Vorlage Nr. 96/2012

4. Bebauungsplan Talstadt-West I
- Aufstellungsbeschluss
- Vorlage Nr. 92/2012

5. Bebauungsplan Talstadt-West II
- Aufstellungsbeschluss
- Vorlage Nr. 93/2012

6. Annahme von Spenden
- Offenlegung
- Vorlage Nr. 97/2012

7. Stellungnahme der Stadt Schramberg zur Fortschreibung des
Nahverkehrsplanes des Landkreises Rottweil
- Vorlage Nr. 98/2012

8. Umbau des Regenüberlaufs am Paradiesplatz (B 462)
- Vergabe von Tiefbauarbeiten
- Vorlage Nr. 99/2012

9. Einwohnerfragestunde

10. Bekanntgaben, Anfragen und Anregungen

STADT SCHRAMBERG

**Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates
am 19. Juli 2012**

Anwesend: Vorsitzender und von 28 Stadträtinnen und Stadträten 26

Beginn der Beratung: 18.20 Uhr
Ende der Beratung: 19.45 Uhr

Die Beratung umfasst die §§ 45 bis 54

Zur Beurkundung

Vorsitzender:

Gemeinderat:

Schriftführerin:

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 19. Juli 2012

Anwesend: Vorsitzender und von 28 Stadträtinnen und Stadträten 26

§ 45

Bericht über den Haushaltsverlauf 2012 – Erster Zwischenbericht - Vorlage Nr. 94/2012

Herr Huber/Frau Götze:

Geben Infos zur derzeitigen Haushaltslage der Stadt und insbesondere zur Auswirkung der Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer. Der Vortrag und die Präsentation sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

StR Flaig:

Würde es der Stadt nicht besser gehen, wenn wir keine Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer erzielt hätten? Zu den in der Anlage 1 aufgeführten Maßnahmen sollten noch ergänzende Informationen gegeben werden. Zum einen ob und wann die Maßnahmen ausgeschrieben wurden und zum anderen wann die Mittel abfließen.

Herr Huber:

Die Bemerkung hinsichtlich der Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer kann man so nicht stehen lassen. In 2012 haben wir den Vorteil einer besseren Liquidität. Das Jahr 2016 bringt zudem eine geringere Umlagenbelastung von ungefähr 24 % mit sich. Die Anregung zur Anlage 1 werden wir an den Fachbereich 4 weitergeben.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

- a) Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
- b) Den beantragten Mehrausgaben in Höhe von 142.000 € im Verwaltungshaushalt wird zugestimmt.

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 19. Juli 2012

Anwesend: Vorsitzender und von 28 Stadträtinnen und Stadträten 26

§ 46

Seite 1

Änderung der Satzung über die Realsteuerhebesätze Vorlage Nr. 95/2012

Herr Schmieder:

Gibt Erläuterungen zur Gewerbesteuer. Diese sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

OB Herzog:

Hält ein Statement zur Senkung des Hebesatzes bei der Gewerbesteuer. Dieses ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

StR Flaig:

Ruft die im Rahmen der Haushaltskonsolidierung behandelte Vorlage Nr. 57/2010 in Erinnerung und zitiert aus dieser. Aufgrund des damals gefassten Beschlusses stehen wir bei den Unternehmern im Wort. Die Aussagen der Stadträte Fahrner und Reinhard Günter in der Tagespresse waren deshalb unnötig. Stadtrat Brantner hat die Verwaltung auf die Sachlage aufmerksam gemacht. Es geht um Verlässlichkeit und Redlichkeit in der Politik. Zudem werden Standortbedingungen für die Industrie geschaffen. Wir haben es mit aktiver Standort- und Wirtschaftspolitik zu tun. Die Verbesserung des Haushaltes ist entweder mit Steuererhöhungen oder Ausgabendisziplin zu erreichen. Rottweil ausgenommen, haben alle Städte und Gemeinde im Kreis einen Hebesatz von 340 v.H..

StR Fahrner:

Wir führen die heutige Debatte zum falschen Zeitpunkt. Über die Senkung der Gewerbesteuer können wir nur im Zusammenhang mit der Beratung über den Haushalt 2013 entscheiden. Die Gewerbesteuer ist die größte Einnahmequelle unserer Stadt und damit wichtig für unsere Infrastruktur. Schramberg hat bei der Infrastruktur erhebliche Defizite im Vergleich zu den Nachbarstädten. Viele Einrichtungen sind auf den Stand der Zeit zu bringen. Wir haben Sanierungsbedarf bei den Spielplätzen sowie im Bereich Marktstraße/An der Steige. Ein Verzicht auf Einnahmen in Höhe von 1 Mio. Euro jährlich können wir uns nicht leisten. Wir sollten mit der Überprüfung abwarten und mit der Industrie dann sprechen, wie die Defizite behoben werden können.

StR Neudeck:

Diese Diskussion hätten wir bei der Haushaltskonsolidierung führen sollen. Es geht um Verlässlichkeit. Ansonsten haben wir keine ordentliche und offene Politik. Was ist, wenn wir in 3 Jahren wieder so dastehen? Dann brauchen wir auch wieder die Unterstützung der Betriebe.

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 19. Juli 2012

Anwesend: Vorsitzender und von 28 Stadträtinnen und Stadträten 26

§ 46

Seite 2

StR Richter:

Momentan stehen wir im Wort und es geht hier um Glaubwürdigkeit, Ehrlichkeit und verlässliche Aussagen.

StR Dr. Winter:

Wir stimmen heute hier auch über eine Glaubwürdigkeit unseres Gremiums ab. Das was wir beschließen muss Bestand haben. Bei verschiedenen Projekten müssen wir gegebenenfalls auf anderen Wegen Finanzmittel beschaffen.

StR Brantner:

Der Hebesatz ist ein klarer Standortvorteil. Wir reden hier nicht von einem Betrag von 1 Mio. Euro jährlich. Wie vorher vom Kämmerer erläutert, sind es letztendlich 250 Tsd. Euro die uns von 1 Mio. Euro übrig bleiben.

StR Günter:

In unserer Entscheidung im Jahre 2010 haben wir nur von einer Prüfung der Situation gesprochen. Es war nicht die Rede von einer Anpassung nach unten. Es stellt keinen Wortbruch dar, wenn wir jetzt keine Senkung vornehmen. Das haben wir so nicht beschlossen. Seit 20 Jahren haben wir denselben Hebesatz bei der Gewerbesteuer. Wir sollten beim Hebesatz einen Level finden, welcher der Sache und unserer Aufgabe gerecht wird. Dieser liegt meines Erachtens bei 360 v.H..

OB Herzog:

In der für Schramberg maßgeblichen Städtegruppe B (20-40 Tsd. Einwohner) liegt der Durchschnittshebesatz bei 349 v.H..

StR Himmelheber:

Wir sollten uns erst bei den Haushaltsberatungen 2013 über eine Senkung des Hebesatzes unterhalten. In den letzten 2 Jahren sind viele unerwartete Dinge auf uns zugekommen. Ich erinnere an den Brandschutz am Gymnasium. Können wir heute schon sagen, wir sind in einer rosigen Situation? Wir sollten keine Jojo-Politik machen.

OB Herzog:

Eine Verbesserung der Haushaltslage heißt im Klartext, dass sich die Einnahmenseite erhöht hat und auf einem hohen Niveau bleiben wird. Wir werden sicherlich mit der Industrie reden und diese aufrufen, für bestimmte Projekte Gelder zu spenden.

Der Gemeinderat beschließt mehrheitlich bei 7 Gegenstimmen:

Der Gewerbesteuerhebesatz wird ab 1.1.2013 auf 340 festgesetzt.

Die beigefügte Ausfertigung der Satzung über die Realsteuerhebesätze wird beschlossen.

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 19. Juli 2012

Anwesend: Vorsitzender und von 28 Stadträtinnen und Stadträten 26

§ 47

Einrichtung eines Beirates zur Weiterentwicklung der städtischen Wohnungsbauförderung

- Antrag der SPD-Buntspecht-Fraktionsgemeinschaft

- Vorlage Nr. 96/2012

StR Flaig:

Erläutert die Haltung der CDU-Fraktion zum Antrag der SPD-Buntspecht-Fraktionsgemeinschaft. Diese ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

StR Fahrner:

Es geht nicht um die Sache selbst, diese ist unstrittig. Es geht uns nur darum, die richtige Vorgehensweise zu finden.

StR Richter:

Unsere Fraktion ist einer anderen Meinung. Wir leiden derzeit unter einer Beiratsschwemme. Die Verwaltung soll Vorlagen bringen und wir beraten dann darüber.

Der Gemeinderat beschließt mehrheitlich bei 1 Enthaltung und 7 Ja-Stimmen den folgenden Antrag abzulehnen:

Für die strukturelle Förderung des Wohnungsbaus für den Wohnersatzbedarf wird ein eigenständiges Programm erstellt, das auf einer Bausubstanzerfassung basiert. Hierfür wird ein Beirat aus Verwaltung, Schramberger Wohnungsbau und Vertretern der Fraktionen gebildet, der auf dieser Basis plant und ein nachhaltiges Förderkonzept erarbeitet. Über die Bereitstellung von Mitteln für das noch zu erarbeitende Förderkonzept wird im Rahmen der Haushaltspläne 2012 ff. entschieden.

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 19. Juli 2012

Anwesend: Vorsitzender und von 28 Stadträtinnen und Stadträten 26

§ 48

Bebauungsplan Talstadt-West I - Aufstellungsbeschluss - Vorlage Nr. 92/2012

Ohne weitere Aussprache beschließt der Gemeinderat einstimmig:

- a) Das Entwicklungskonzept Talstadt-West ist fortzuschreiben. Mit der Aufgabe wird das Büro Fahle, Freiburg beauftragt.
- b) Für das Gebiet „Talstadt West I“ wird ein Bebauungsplan nach § 2 BauGB mit Umweltbericht in den Abgrenzungen laut Übersichtsplan vom 28.06.2012 (Anlage 2) aufgestellt.
- c) Die Bearbeitung des Bebauungsplanes mit Umweltbericht wird an das Büro Fahle, Freiburg vergeben.
- d) Mit der erforderlichen Erschließungsplanung wird das Büro Fichtner Water Transportation betraut.
- e) Der Flächennutzungsplan 98 der VVG Schramberg ist im Bereich „Talstadt West I“ im Rahmen der 8. punktuellen Änderung fortzuschreiben

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 19. Juli 2012

Anwesend: Vorsitzender und von 28 Stadträtinnen und Stadträten 26

§ 49

Bebauungsplan Talstadt-West II - Aufstellungsbeschluss - Vorlage Nr. 93/2012

Ohne weitere Aussprache beschließt der Gemeinderat einstimmig:

- f) Das Entwicklungskonzept Talstadt-West ist fortzuschreiben. Mit der Aufgabe wird das Büro Fahle, Freiburg beauftragt.
- g) Für das Gebiet „Talstadt West II“ wird ein Bebauungsplan nach § 2 BauGB mit Umweltbericht in den Abgrenzungen laut Übersichtsplan vom 28.06.2012 (Anlage 2) aufgestellt.
- h) Die Bearbeitung des Bebauungsplanes mit Umweltbericht wird an das Büro Fahle, Freiburg vergeben.
- i) Mit der erforderlichen Erschließungsplanung wird das Büro Fichtner Water Transportation betraut.
- j) Der Flächennutzungsplan 98 der VVG Schramberg ist im Bereich „Talstadt West II“ im Rahmen der 8. punktuellen Änderung fortzuschreiben

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 19. Juli 2012

Anwesend: Vorsitzender und von 28 Stadträtinnen und Stadträten 26

§ 50

Annahme von Spenden
- Offenlegung
- Vorlage Nr. 97/2012

Der Gemeinderat beschließt einstimmig im Wege der Offenlegung:

1. Die bis 15. Juni 2012 eingeworbenen Spenden lt. beiliegender Einzelaufstellung mit insgesamt 38.729,83 € werden angenommen.
2. Den Sponsoringverträgen mit insgesamt 10.527,50 € wird zugestimmt.

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 19. Juli 2012

Anwesend: Vorsitzender und von 28 Stadträtinnen und Stadträten 26

§ 51

Stellungnahme der Stadt Schramberg zur Fortschreibung des Nahverkehrsplanes des Landkreises Rottweil - Vorlage Nr. 98/2012

Herr Kammerer:

Weist auf die vorgenommenen Änderungen des Beschlussvorschlages aufgrund des ödp-Antrages hin.

StR Richter:

Bedauert, dass die Verwaltung nicht mutiger war und mehr Vorschläge unseres Antrages aufgenommen hat. In diesem Bereich ist die Erschließung neuer Zielgruppen unheimlich wichtig. Der Nahverkehrsplan steht immer unter dem Gesichtspunkt der Finanzierbarkeit. Was heute nicht realisiert wird, kommt uns in späteren Jahren sehr viel teurer.

Der Gemeinderat beschließt mehrheitlich bei 3 Gegenstimmen:

1. Dem Vorschlag der Verwaltung nach Anlage 1 als Stellungnahme der Stadt zum Nahverkehrsplan wird zugestimmt.
2. Die Stellungnahme nach Anlage 1 wird um folgende ÖDP-Forderung als Ziffer 6 ergänzt:
In allen Bussen des Nahverkehrs im Landkreis sollen künftig Fahrräder kostenlos transportiert werden. Dazu sollen die Bussen soweit erforderlich technisch umgerüstet werden.
3. Die ÖDP-Forderungen Nr. 1 – 4 und Nr. 6 werden nicht in die städt. Stellungnahme aufgenommen.

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates
am 19. Juli 2012

Anwesend: Vorsitzender und von 28 Stadträtinnen und Stadträten 26

§ 52

Umbau des Regenüberlaufs am Paradiesplatz (B 462)
- Vergabe von Tiefbauarbeiten
- Vorlage Nr. 99/2012

Der Gemeinderat beschließt ohne weitere Aussprache mehrheitlich bei 4 Gegenstimmen und 1 Enthaltung:

Die Arbeiten zum Umbau des Regenüberlaufes am Paradiesplatz werden an die Fa. Dieterle GmbH & Co. KG aus Schramberg zu einer vorläufigen Auftragssumme von 357.095,06 € vergeben.

STADT SCHRAMBERG

**Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates
am 19. Juli 2012**

Anwesend: Vorsitzender und von 28 Stadträtinnen und Stadträten 26

§ 53

Einwohnerfragestunde

Hier wird das Wort nicht gewünscht.

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 19. Juli 2012

Anwesend: Vorsitzender und von 28 Stadträtinnen und Stadträten 26

§ 54

Seite 1

Bekanntgaben, Anfragen und Anregungen

Annahme von Spenden - Offenlegung

OB Herzog:

Stellt fest, dass der Tagesordnungspunkt 6 durch Offenlegung beschlossen ist.

Tour de Ländle

OB Herzog:

Den Mitgliedern des Gremiums wurden heute Flyer zur Tour de Ländle verteilt. Für die Radler gibt es nächste Woche noch separate Hinweise, diese werden an die Teilnehmer noch direkt verschickt.

Ausschreibungen während der Sommerpause – Eilentscheidungen durch OB

Herr Krause:

Momentan laufen zwei Ausschreibungen bzw. deren Auswertung. Da die Vergabe in der Sommerpause notwendig wird, muss der OB diese Vergaben im Rahmen von Eilentscheidungen treffen. Es handelt sich zum einen um den Hauptsammler in Tennenbronn und zum anderen um den Abbruch des Schramberger Freibades.

Dank für ehrenamtliches Engagement

StR Banholzer:

Vor einem Jahr habe ich zum Abschluss der Zeit als ständiger OB-Stellvertreter darum gebeten, dass wir alle Schramberg zukünftig positiver darstellen. Heute wurde erwähnt, dass sich die Stadt und die Bürgerinitiative darauf verständigt hätten, dass Schramberg nicht schlecht geredet werden soll. An dieser Stelle möchte ich einmal allen Schrambergern danken, die ehrenamtlich tätig sind. Sei es im JUKS³, Mediathek, Stadtwerke, Vereine etc. Wer einmal das Public Viewing oder das Festival im Park der Zeiten erlebt hat, der sieht, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Die Verantwortlichen möchte ich deshalb auffordern: machen Sie weiter so.

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 19. Juli 2012

Anwesend: Vorsitzender und von 28 Stadträtinnen und Stadträten 26

§ 54

Seite 2

Hinweis Krankenhaus auf Hinweistafeln innerhalb des Stadtgebietes

StR Klaussner:

Die Stadt ist nun im Besitz der Krankenhausimmobilie und ein Krankenhaus existiert faktisch nicht mehr. Auf den Wegweisern innerhalb der Stadt ist aber weiterhin der Hinweis auf das Krankenhaus zu finden. Dies sollte entfernt bzw. übersprüht werden.

OB Herzog:

Die Stadt ist erst ab 01. September im Besitz des Krankenhauses. Bis 30.06. war die Notfallpraxis im Krankenhaus, deshalb wurden die Hinweise noch nicht übersprüht. Dies wird aber in der nächsten Zeit geschehen.

Zustand der Grünanlagen in der Stadt/Möblierung bei Trauungen im Rathaus/ Fußgängersicherheit im Bereich Norma und Edeka auf dem Sulgen

StR Richter:

In der Fußgängerzone hängen an den Lampenmasten sehr schöne Blumenkörbe. Wenn man in der Stadt vom Paradiesplatz an runter fährt, wuchert auf dem Mittelstreifen das Unkraut. Auf dem Platz beim Modehaus Dobler steht ein Brunnen, bei diesem fließt jedoch kein Wasser. Am südlichen Eingang des Schlosses wuchern auch Wildkräuter, dieser Bereich sollte besser gepflegt werden.

Im Rathaus finden viele Trauungen statt. Wäre es hier nicht möglich, eine Möblierung wie Tische etc. anzuschaffen und zur Verfügung zu stellen?

Auf dem Sulgen wäre es bei den Supermärkten Norma und Edeka sinnvoll, vom Parkplatz auf den darunter liegenden Gehweg eine nachträgliche Abfahrt für Rollstuhlfahrer, Kinderwägen etc. zu schaffen. Die Straße wird in diesem Bereich häufig überquert. Die Stadt sollte hier für Sicherheit sorgen, bevor etwas passiert. Empfehlenswert wäre auch die Absenkung des Bordsteines. Möglicherweise würde in diesem Bereich eine Tempo 30 Zone oder ein Fußgängerüberweg Sinn machen.

OB Herzog:

Die Anregung hinsichtlich der Pflege der Grünflächen ist nicht neu. Manche Pflegestandards sind nicht so, wie wir es wollen. Dies sind auch Auswirkungen der Haushaltskonsolidierung. Momentan wird ein neuer Pflegeplan erarbeitet, dieser wird nach der Sommerpause im AUT beraten.

Für Hochzeiten bieten wir inzwischen verschiedene Pakete zum Mieten von Gegenständen an.

Die Anregungen hinsichtlich des Bereiches Norma/Edeka nehmen wir mit und beraten nach der Sommerpause darüber.

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 19. Juli 2012

Anwesend: Vorsitzender und von 28 Stadträtinnen und Stadträten 26

§ 54

Seite 3

Mahnwache in der Südstadt

StR Bauknecht:

Bei der Mahnwache der Bürger in der Südstadt wurde über das Flächenstück 1597/6 diskutiert. Die Bürger sind der Meinung, dass dieses Grundstück im Besitz der Stadt sei.

OB Herzog:

Nein, das Grundstück ist weder im Eigentum noch im Besitz der Stadt.

Mahntafel Bernecksportplatz/Zugang zum Friedhof Hintersulgen

StR Fahrner:

Im Zuge der Umbauarbeiten wurde die Mahntafel zur Erinnerung an die Zwangsarbeiter am Bernecksportplatz entfernt. Diese sollte wieder angebracht werden.

Auf dem Friedhof Sulgen habe ich vor längerer Zeit schon einmal der Zugang im Bereich der Urnengräber von oben her angeregt. Dies wurde bereits einmal mit Herrn Rosenbohm besprochen. Ich bitte um eine erneute Überprüfung.

1. Zwischenbericht 2012

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates,

Die Probleme bei der Haushaltsplangenehmigung 2012 durch das Regierungspräsidium Freiburg und die positive Gewerbesteuerentwicklung prägen die Haushaltsbewirtschaftung 2012 und somit auch diesen ersten Zwischenbericht 2012.

Bevor ich Sie über die positive Steuerentwicklung informiere, lassen Sie mich zunächst die Auswirkungen der eingeschränkten Genehmigung unserer Haushaltsplanung 2012 aufzeigen.

Durch die verweigerte Genehmigung der Verpflichtungsermächtigungen musste für unaufschiebbare Maßnahmen mit Finanzierungsanteilen in 2013 für eine Finanzierung in 2012 gesorgt werden, damit mit diesen unaufschiebbaren Maßnahmen in 2012 begonnen werden konnte. Hieraus resultieren unter anderem auch die hohen über- bzw. außerplanmäßigen Ausgaben im Vermögenshaushalt. Die weitere Forderung unserer Rechtsaufsichtsbehörde nach einem Haushaltsplan 2013 ohne Kreditaufnahmen führt dazu, dass wir beim Abschluss 2012 vermehrt mit Haushaltsausgabereste arbeiten müssen. Dadurch vermeiden wir im Haushalt 2013 die erneute Veranschlagung von Maßnahmen, welche in 2012 eingeplant, aber nicht bzw. nicht im vollen Umfang umsetzbar sind. Dies hat allerdings auch zur Folge, dass die Planmittel der in 2012 nicht bzw. noch nicht begonnenen Maßnahmen zu keiner Haushaltsentlastung in 2012 führen. Diese müssen, wie bereits ausgeführt nach 2013 übertragen werden. Dies gilt insbesondere für die größeren Baumaßnahmen wie z. B. der Umbau des Tiergeheges Waldmössingen, der Einbau eines Aufzugs ins Schloss und der Ausbau der Berneckstraße.

Lassen Sie mich nach diesen allgemeinen, aber für das Verständnis wichtigen Ausführungen zu konkreten Zahlen kommen.

Die in der Vorlage aufgezeigten Veränderungen zum 30.06.2012 führen zu einer Verschlechterung des Verwaltungshaushalts von rd. 45 T€. Dabei sind die in der Vorlage zur Genehmigung anstehenden Mehrausgaben bereits berücksichtigt, nicht allerdings die Verbesserung bei der Gewerbesteuer. Hierüber jedoch später mehr.

Bei der Haushaltsplanung für 2012 wurde bei den Personalkosten eine Tarifierhöhung von 2% eingeplant. Nachdem der Abschluss für

die Beschäftigten (ohne Beamte) bei 3,5% liegt, würde dies zu Mehrausgaben in Höhe von rd. 84 T€ führen. Nach Einschätzung der Personalverwaltung wird es aber vermutlich möglich sein, diesen Betrag durch Verschiebungen innerhalb der bisherigen Planungen aufzufangen, sodass derzeit noch von keiner Verschlechterung bei den Personalausgaben ausgegangen wird.

Von einer Erhöhung der Sachkostenbeiträge für die Schulen profitiert nicht nur die Stadt, sondern auch die Schulen. Die Budgets der Schulen steigen um rd. 22 T€ auf nun insges. rd. 478 T€ an, deren Verwendung in den Händen der Schulleiter liegen.

Geringere Einnahmen gegenüber der Planung ergeben sich bei den Einnahmen aus Konzessionsabgaben (- 90 T€). Die Abrechnung des Finanzausgleichs 2011 führt zu einer Haushaltsbelastung von 25 T€.

Ab dem Haushaltsjahr 2012 fehlen der Stadt dauerhaft Zuweisungen für Gemeindeverbindungsstraßen in Höhe von rd. 25 T€, welche durch Aberkennung von rd. 8,9 km Gemeindeverbindungsstraßen entstehen.

Die Auswirkung der Mai-Steuerschätzung haben nur geringe Auswirkungen auf den Haushaltsverlauf 2012. Vorläufig unverändert blieben die Orientierungsdaten des Finanzministeriums beim Anteil an der Umsatzsteuer, dem Familienleistungsausgleichs und den Schlüsselzuweisungen. Lediglich der Einkommensteueranteil wurde erhöht und würde für Schramberg Mehreinnahmen in Höhe von rd. 94 T€ bedeuten. Wir erwarten allerdings bei allen vier genannten Einnahmen mit einem besseren Zahlungseingang, ohne diesen im Moment näher beziffern zu können. Im 2. Zwischenbericht hoffen wir hierzu konkretere Zahlen benennen zu können.

Der absolute Ausreißer der Haushaltsplanung 2012 ist jedoch die Gewerbesteuer, steigt sie gegenüber der Planung zum 30.06.2012 um mehr als 7 Mio. € auf 19,76 Mio. € an. Sofern sich der derzeitige Stand bis zum Jahresende halten lässt, wäre dies der höchste Gewerbesteuerertrag bei der Stadt Schramberg aller Zeiten. Das bisher beste Ergebnis konnte in 2006 mit rd. 16,6 Mio. € erzielt werden. Dass künftig mit mehr Gewerbesteuer gerechnet werden kann, aber nicht in der in 2012 zu erwartenden Höhe, zeigt die Aufgliederung der derzeit 19,76 Mio. €.

So entfallen auf Vorauszahlungen für 2012 rd. 14,9 Mio. €, mit welchen, allerdings bei unverändertem Hebesatz, in 2013 gerechnet werden könnte.

Nachträgliche Anpassungen der Vorauszahlungen für 2011 und erste Veranlagungen für 2011 machen derzeit rd. 1,6 Mio. € aus.
Nachzahlungen für 2010 und früher belaufen sich auf rd. 3,3 Mio. €.

Gerade die letzteren zwei Positionen mit 4,9 Mio. € dürften sich in 2013 nicht mehr erzielen lassen. Diese haben ihren Ursprung in der Absenkung der Vorauszahlungen in den Jahren der Wirtschaftskrise, welche nun durch die tatsächlichen, überraschend positiven Veranlagungen ersetzt werden. Es handelt sich dabei also um einmalige Nachholeffekte, welche sich ab 2013 nicht mehr wiederholen werden.

Nach derzeitigem Planungsstand gehen wir in 2013 von Gewerbesteureinnahmen nach Anpassung des Hebesatzes in Höhe von 15,5 Mio. € aus.

Doch nun wieder zurück zum Haushaltsjahr 2012.

Die Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer von rd. 7,0 Mio. € führt aber auch zu einer Erhöhung der Gewerbesteuermulage um 1,35 Mio. €. Somit verbleibt noch immer eine Haushaltsverbesserung von rd. 5,7 Mio. €. Dieser Betrag sorgt für eine gute Liquidität in unserer Stadtkasse, sodass wir eine Verbesserung bei den Zinseinnahmen um rd. 40 T€ erwarten.

Ausgeben sollten wir dieses Geld in 2012 jedoch nicht. Wir müssen diese der allg. Rücklage zuführen. Diese Mehreinnahmen in 2012 führen zu extremen Belastungen in 2014 im Finanzausgleich und bei der Kreisumlage, welche dann durch eine Entnahme aus der allg. Rücklage ausgeglichen werden könnte.

Wie sich diese Mehreinnahmen in 2014 auswirken, das wird Ihnen nun meine Kollegin, Frau Götze aufzeigen.

Die von meiner Kollegin aufgezeigten Zahlen zeigen, dass wir beim Haushalt in 2014 ordentlich in Schieflage kommen würden, wenn wir die Netto-Gewerbesteuerverbesserung nicht der allg. Rücklage zuführen, sondern zur vorgezogenen Finanzierung von Maßnahmen in 2012 verwenden.

Nunmehr wird sicherlich auch verständlich, warum wir in der Vorlage die Veränderungen des Verwaltungshaushalts ohne die verbesserte Gewerbesteuer aufgezeigt haben. Soweit zum Thema „Veränderungen im Verwaltungshaushalt“

Zum Vermögenshaushalt möchte ich nach meinen einleitenden Worten nicht mehr viel sagen. Ich verweise hier auf die Ausführungen in der Vorlage.

Lediglich zum Thema Ausgleichstockzuschuss und der bisherigen zusätzlichen Haushaltsbelastung aus Veränderungen in Höhe von rd. 420 T€ möchte ich noch ergänzende Ausführungen anbringen. Letzteres bedeutet, dass wir versuchen müssen, diesen Betrag mit Verbesserungen, sei es durch verbesserte Einnahmen oder durch geringere Ausgaben, im laufenden Haushalt 2012 aufzufangen.

Allerdings steigt dieser Betrag in 2012 um weitere 390 T€, also auf 810 T€ an, nachdem uns die Nachricht vorliegt, dass unser Antrag auf Förderung aus dem Ausgleichstock für die Investitionen in Brandschutzmaßnahmen im Gymnasium abgelehnt wurde. Weitere 130 T€, welche für 2013 eingeplant waren, also insgesamt 520 T€ fehlen uns durch diese Entscheidung in der Finanzierung 2012/2013.

Lassen sie mich abschließend festhalten:

- **Mit Stand 30.06.2012 unter Einbeziehung der Beschlüsse des Gemeinderates am 28.06.2012 sowie der Ablehnung unseres Ausgleichstockantrages müssen rd. 850 T€ durch Verbesserungen im laufenden Haushalt aufgefangen werden**
- **Aufgrund dieser Tatsache bedürfen auch dringend notwendige Mehrausgaben in der zweiten Jahreshälfte einer Gegenfinanzierung aus dem laufenden Haushaltsjahr**
- **Die Netto-Verbesserung bei der Gewerbesteuer muss zum Ausgleich der FAG-Belastungen und der erhöhten Kreisumlage in 2014 der allg. Rücklage zugeführt werden.**
- **Der Mittelabfluss bei Investitionsmaßnahmen liegen lediglich bei 12,6%, aber mit 1,17 Mio. rd. 340 T€ über dem Wert des Vorjahres**

Zum Schluss möchte ich Sie bitten, diesen Zwischenbericht nicht nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern den im Beschlussvorschlag genannten Mehrausgaben Ihre Zustimmung zu erteilen.

Schramberg, den 19.07.2012

Huber

1. Zwischenbericht 2012 - Gewerbesteuer



Stadt
Schramberg

Schwarzwalddqualität erleben

Auswirkungen auf Finanzausgleich

Planjahr 2012

	Plan 2012	nach 1. ZB	Veränderung
Gewerbesteuer	12.700.000	19.760.000	+ 7.060.000
Gewerbesteuerumlage	2.434.167	3.787.333	+ 1.353.166
Netto	10.265.833	15.972.667	+ 5.706.834

Verbesserung in 2012

Planjahr 2014

Schlüsselzuweisungen	4.229.053	1.195.214	-3.033.839
Kommunale Investitionspauschale	958.936	867.592	-91.344
Kreisumlage (Hebesatz 32,0 %)	7.423.954	8.810.851	+ 1.386.897
FAG-Umlage	5.349.887	6.630.166	+ 1.280.279
Veränderung insgesamt:			-5.792.359

Verschlechterung in 2014

Aufsummiert: Veränderungen aus 2012 und 2014

-85.525 Saldo Verschlechterung

GR-Sitzung am 19.07.2012

Anlage zu 1/45
Erklärungen Frau Götze

Anlage zu J46
Vortrag Herr Schmieder

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister
Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen der Haushaltskonsolidierung wurden die Verwaltung aufgefordert, die Hebesatzerhöhung bei der Gewerbesteuer dann wieder zur Diskussion zu stellen, wenn sich das Steueraufkommen wieder erholt hat, wenn das Steueraufkommen vor der Wirtschaftskrise wieder erreicht ist.

Meine Damen und Herren, Herr Huber hat es vorher vorgetragen, wir werden in 2012 voraussichtlich das höchste Gewerbesteueraufkommen in der Geschichte der Stadt Schramberg verbuchen können. Wenn es zu keinen gravierenden Veränderungen kommt, werden wir auch bei den Haushaltsplanberatungen 2013 mit einem komfortablen Planansatz kalkulieren.

Trotz der sehr schönen Entwicklung bei der Gewerbesteuer, wir erreichen die Ergebnisse vor der Krise, in 2012 übersteigen wir sie sogar weit, ist darauf hinzuweisen, dass bis heute nicht alle Betriebe die Wirtschaftskrise überwunden haben. Die Gewerbesteuer in Summe sagt hier nicht alles, einfach, weil andere Gewinner in der Krise waren, stärker aus der Wirtschaftskrise herausgekommen sind, als sie hineingegangen sind. Wenn davon ausgegangen wird, dass unsere früheren großen Steuerzahler zu alter Stärke zurückfinden, steht die Stadt Schramberg zumindest was die Gewerbesteuer betrifft vor sehr guten Jahren.

Von Herrn Stadtrat Brantner wurde die Verteilung des Gewerbesteueraufkommens zwischen Personengesellschaften bzw. Einzelunternehmern sowie Kapitalgesellschaften hinterfragt. Die Zahlen wurden aufgearbeitet, wir gehen auf Basis der Gewerbesteuervorauszahlungen 2012 von 10,3 Mio Gewerbesteuer der Personengesellschaften und Einzelunternehmer sowie von 5,2 Mio Gewerbesteuer der Kapitalgesellschaften aus.

Hierzu eine Anmerkung: Bei den Personengesellschaften handelt es sich meist um GmbH & Co. KGs, unter diese Rubrik fallen allerdings auch die Einzelunternehmer, viele kleine Handwerksbetriebe, Gastronomen, Finanzdienstleister und Einzelhandelsbetriebe.

Ein Einzelunternehmer mit einem Gewinn von 45.000 Euro bezahlt beispielsweise eine Gewerbesteuer in Höhe von 2.583 EURO.

Wenn er sich ordentlich Kranken- und Rentenversichert kostet ihn das runde 20.000 EURO pro Jahr. Damit bleibt ihm eine Einkommensteuerschuld von 1500 Euro, er kann also seine Gewerbesteuer gar nicht mehr anrechnen.

Sollte er vielleicht noch ein paar Reparaturen am Mietwohngrundstück gemacht haben, also auch noch einen Verlust aus Vermietung und Verpachtung geltend machen, bleibt ihm vermutlich nichts mehr für eine Anrechnung, die Gewerbesteuer wird zur echten Belastung.

Zwischenzeitlich gibt es nicht gerade wenige Kleinbetriebe, die sich gerade in diesen Größenordnungen tummeln, die Anrechnung der Gewerbesteuer also nicht unbedingt selbstverständlich ist.

Meine Damen und Herren, der Gewerbesteuerhebesatz wird vom Gemeinderat beschlossen, wir setzen ihn um. In unserem Gehalt ist auch ein Stück Schmerzensgeld enthalten, trotzdem würde es mich freuen, wenn unser Beschlussvorschlag eine Mehrheit finden könnte.

Vielen Dank

**Einführung des Oberbürgermeisters
zum Tagesordnungspunkt 2 der öffentlichen Sitzung des
Gemeinderates am 19.07.2012**

Es gilt das gesprochene Wort!

**Meine sehr verehrten Damen und Herren Gemeinderäte,
liebe Kolleginnen und Kollegen,**

Glaubwürdigkeit – das ist in der deutschen Politik ein hohes Gut, aber sie macht sich rar. Sie ist schwer zu erlangen und nur zu leicht zu verlieren¹.

Nach Ansicht des israelischen Journalisten Daniel Dagan ist Glaubwürdigkeit doch eine einfache Sache: *„Man sagt, was man tut und man tut, was man sagt.“*

Genau dieser einfachen Sache kommen wir heute mit der Verwaltungsvorlage Nr. 95/2012 nach. Wir tun nämlich das, was wir gesagt haben:

Als es im Jahr 2010 im Rahmen der Haushaltskonsolidierung notwendig wurde, neben der Ausgabenseite auch die Einnahmenseite zu verbessern, suchte mein Vorgänger, Herr Dr. Zinell, das Gespräch mit den größten Gewerbesteuerzahlern in unserer Stadt.

Nach Erläuterung der aktuellen Haushaltslage zeigten sich die Unternehmer und Unternehmen aufgeschlossen gegenüber einer Anhebung des Hebesatzes, da sie sich auch ihrer Verantwortung für unsere Stadt bewusst waren.

¹ Stuttgarter Zeitung, Rainer Pörtner, Chefsache Glaubwürdigkeit, 13.03.2012, 10:00 Uhr, www.stuttgarter-zeitung.de

Sie forderten aber im Gegenzug, dass die Erhöhung für den Haushalt 2013 überprüft und bei einer verbesserten Haushaltslage wieder zurück genommen werde. Dies wurde den Gewerbetreibenden auch von meinem Vorgänger zugesagt. An dieses Wort fühle auch ich mich gebunden.

Folglich haben wir seitens der Verwaltung die Haushaltslage überprüft und sind zum Ergebnis gelangt, dass sich die aktuelle und zukünftige Haushaltslage im Vergleich zu den Krisenjahren 2009/2010 verbessert hat.

Daher tun wir auch den zweiten Schritt, den wir zugesagt haben: Wir schlagen die Senkung des Hebesatzes auf 340 %-Punkte vor.

Dieses Gremium hat in der Sitzung am 29.04.2010 die Vorlage Nr. 54/2010 zur Haushaltskonsolidierung einstimmig beschlossen. Die Vorlage enthielt in der Anlage unter der laufenden Nummer 30 den Passus, dass der Hebesatz zur Gewerbesteuer angehoben und für das Jahr 2013 wieder überprüft werde. Mein Vorgänger, Herr Dr. Zinell, führte in seinem Eingangsstatement damals aus: *„Die Wirtschaft legt aber Wert darauf, dass wir in unseren Sparbemühungen nicht nachlassen dürfen und dass in besseren Zeiten die angestrebte Erhöhung auch wieder rückgängig gemacht wird. Dies werden wir auch beherzigen².“*

Die entsprechende Erhöhung des Hebesatzes wurde dann in der Sitzung am 10.06.2012 einstimmig beschlossen. Auch in der Beschlussvorlage Nr. 57/2010 war der Hinweis zu finden, dass die Steuererhöhung bei einer verbesserten Haushaltslage wieder rückgängig gemacht werden sollte.

² Dr. Herbert O. Zinell, OB a.D., Eingangsstatement zu TOP 2 in der Sitzung des GR vom 29.04.2010

Natürlich verkenne ich nicht, dass durch die Absenkung des Hebesatzes ab dem Jahr 2013 dem kommunalen Haushalt rechnerisch Einnahmen verloren gehen. Nach meiner Auffassung verlieren wir aber keine Einnahmen, da diese ohne die im Jahr 2010 vorgenommene Anhebung des Hebesatzes nicht generiert worden wären.

Natürlich könnte man mit den für 2013 prognostizierten Mindereinnahmen wünschenswerte Projekte in der Stadt umsetzen. Doch wie Sie alle wissen, lässt sich nicht jedes wünschenswerte Projekt im kommunalen Haushalt unterbringen. Ich räume der Frage der Glaubwürdigkeit unseres Handelns einen sehr großen Stellenwert ein, auch wenn ein „Wortbruch“ bei der heutigen Entscheidung wie eine süße Verführung wirkt, angesichts der vor uns liegenden Aufgaben.

Abschließend möchte ich Dr. Hans-Jochen Vogel zitieren, der gesagt hat: *„Man muss von Politikern erwarten können, dass Wort und Tat übereinstimmen!“*

In diesem Sinne bitte ich um Ihre Zustimmung zum Beschlussvorschlag in der Vorlage 95/2012.

Vielen Dank.

Anlage zu § 47
Vortrag Herr Flaig

TOP 3: Einrichtung eines Beirates zur Weiterentwicklung der städtischen Wohnungsbauförderung

Die CDU-Fraktion wird die Einrichtung eines solchen Beirats nicht unterstützen und gegen den Punkt 2 des Antrags stimmen.

1. Seit Jahren ist die CDU-Fraktion bemüht, durch den Antrag von Förderprogrammen den Neubau von Häusern und Wohnungen für die Zielgruppe Familien mit Kindern an zu schieben bzw. zu unterstützen. Dabei ging es zunächst um das Baugebiet „Schoren Süd“.

2. Bereits im letzten Jahr wurde von unserer Fraktion darauf hingewiesen, dass es zukünftig einer breiteren Förderung bedarf. Auch der neue OB Thomas Herzog hat in seinen bisherigen Äußerungen hier einen Schwerpunkt seiner Arbeit aufgezeigt. Ihm geht es vor allem auch um Strukturförderung beim Wohnungsbau in der Talstadt. Daher kam es in der letzten GR-Sitzung nach einer mehrere Wochen andauernden Beratungsphase zu einem Beschlussvorschlag zu diesem Sachverhalt. Die Fraktion SPD/Buntspecht hat sich diesem Beschlussvorschlag verweigert. Er wurde allerdings gegen diese Verweigerung trotzdem mit großer Mehrheit im Rat beschlossen. Damit ist Punkt 1 der heutigen Vorlage obsolet.

3. Im Punkt 2 der Vorlage startet die SPD/Buntspecht-Fraktion jetzt den Versuch, einen Beirat ein zu richten. Durch diesen Beirat soll ein nachhaltiges Förderkonzept erarbeitet werden, in welchem eine Verbindung mit dem familienpolitischen Aspekt ausdrücklich für problematisch gehalten wird. Wir halten einen solchen Beirat daher und vor allem auch nach dem in der letzten GR-Sitzung gefassten Beschluss für nicht zielführend und nicht erforderlich.

Im Stadtentwicklungsprozess STEP 2020 mit Sozialraumanalyse wurden in den letzten Jahren durch das beauftragte Büro Fahle mit intensiver Bürgerbeteiligung zahlreiche Fakten erhoben und Wege zur Stadtentwicklung aufgezeigt, welche unseres Erachtens Fraktionen und Verwaltung in die Lage versetzen, strukturfördernde Maßnahmen zu initiieren und dem Gremium vorzuschlagen. Hierzu bedarf es keines weiteren Beirats!

Für die CDU-Fraktion
Paul Flaig, Vorsitzender